

Chronologie: Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg

1. Kurzübersicht 1934-1994

- 1934 Einführung des Bankgeheimnisses
- 1939-45 Zweiter Weltkrieg (Chronologie dieser Zeit, siehe Zeittafeln in der Literatur)
- 1946 Bundesbeschluss betreffend die Genehmigung des in Washington abgeschlossenen Finanzabkommens (Abkommen von Washington)
Botschaft des Bundesrates: publiziert im Bundesblatt 1946 II 714;
Debatten im Parlament: siehe Stenographisches Bulletin der Bundesversammlung 1946, S. 347ff
- 1947 Kleine Anfrage Meister nach Wertgegenständen, die von Auschwitz in die Schweiz gelangt sein sollen
- 1949 Entschädigungsabkommen der Schweiz mit Polen (dazu: Bericht Hug/Perrenoud 1996)
- 1950 Entschädigungsabkommen der Schweiz mit Ungarn (dazu: Bericht Hug/Perrenoud 1996)
- 1950 Interpellation Schmid Werner. Erbenlose Vermögen. Anlässlich der Beantwortung der Interpellation liest Bundespräsident Petitpierre den bisher vertraulichen Briefwechsel mit Polen vor.
- 1951 Kleine Anfrage Schmid Philipp. Konten ohne Nachricht sollten einer zentralen Stelle gemeldet werden.
- 1957 Bericht Ludwig: Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart (1957)
- 1959 Motion Huber. Vermögenswerte verschollener Ausländer
- 1959 Schweiz. Bankiervereinigung wendet sich gegen einen Meldebeschluss über "erblose Vermögen". Das vakante Vermögen betrage nur etwa 900 000 Franken (Angaben laut NZZ-Fokus, Nr.2, Feb.97)
- 1962 Bundesbeschluss über die in der Schweiz befindlichen Vermögen rassistisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenloser vom 20. Dezember 1962. (Botschaft des Bundesrates: Bundesblatt 1962 I 933; Debatten im Parlament: Stenogr. Bulletin der Bundesvers. 1962, S. 552ff.)
- 1962 Auftrag an Edgar Bonjour "zuhanden des Bundesrates einen umfassenden Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz während des letzten Weltkriegs auszuarbeiten"
- 1970 Publikation Bericht Bonjour

- 1975 Bundesbeschluss über die Verwendung der in der Schweiz befindlichen erblosen Vermögen rassistisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenloser vom 3. März 1975. (Botschaft des Bundesrates: Bundesblatt 1974 II 801; Debatte im Parlament: Amtl. Bulletin 1974, S.1817ff.)
- 1980 Die Eidg. Finanzverwaltung hebt das Konto Fonds "erblose Vermögen" auf (dazu: Bericht Hug/Perrenoud 1996)
- 1984/85 Robert Vogler, Der Goldverkehr der Schweiz. Nationalbank mit der Deutschen Reichsbank 1939-1945
- 1989 50 Jahre Mobilmachung 1939, "Diamant" (Debatten im Parlament im Rahmen eines Nachtrags zum Voranschlag: Amtl. Bulletin 1989, NR S.779 u. 805, SR S.321)
- 1989-94 Im Auftrag der Jewish Agency suchen alt Nationalrat Andreas Gerwig und alt Bundesrat Kurt Furgler nach einer Lösung der noch nachrichtenlosen Vermögen. Ihre Vorschläge einer Fondsgründung oder einer neuen gesetzlichen Regelung werden nicht aufgenommen

Detaillierte Übersicht 1994-95

1994

06.12.94 Einfache Anfrage Piller. "Herrenlose" Vermögenswerte, gestützt auf Berichte in der ausländischen Presse

1995

07.03.95 Einfache Anfrage Ziegler. Vermögenswerte von Holocaust-Opfern bei Schweizer Banken

24.03.95 Parlamentarische Initiative Grendelmeier. Herrenlose Vermögen von Opfern nationalsozialistischer Verfolgungen. Am 13.5.96 zugunsten der Initiative der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates zurückgezogen.

April 95 Pressemeldungen in Israel über 40 bis 50 Millionen Franken auf nachrichtenlosen Schweizer Bankkonten

07.05.95 Ausserordentliche Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung zum Gedenken an den 50. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs mit Reden von [Bundespräsident Villiger](#), André Lasserre, Historiker, Josi Meier, als Zeitzeugin und den Ratspräsidenten Claude Frey und Niklaus Kuchler (Amtl. Bulletin 1995, NR S.1719)

08.05.95 Eine Arbeitsgruppe der Bankiervereinigung prüft ein System für eine erleichterte Suche nach Vermögen von Naziopfern.

12.06.95 Motion Piller. Herrenlose Vermögen auf Schweizer Banken

- 29.08.95 Behandlung der Parl. Initiative Grendelmeier: die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates beschliesst, die Diskussion nach der Veröffentlichung der Richtlinien der Bankiervereinigung fortzusetzen.
- 08.09.95 Bericht der Schweizerischen Bankiervereinigung über nachrichtenlose Vermögenswerte bei Schweizer Banken
- 12.09.95 Richtlinien der Schweizerischen Bankiervereinigung über die Behandlung nachrichtenloser Konti, Depots und Schrankfächer bei Schweizer Banken
- 23.10.95 Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates beschliesst die Einsetzung einer Subkommission mit dem Auftrag vertiefte Abklärungen vorzunehmen.
- 20.12.95 Der Ständerat lehnt die Motion Piller mit 6 gegen 4 Stimmen ab (Amtl. Bulletin, SR, 1995, S.1278ff)

1996

- 01.01.96 Die Anlaufstelle der Schweizer Banken unter Leitung des Bankenombudsmans Hanspeter Häni beginnt ihre Tätigkeit. Die Richtlinien der Bankiervereinigung treten in Kraft
- 07.02.96 Veröffentlichung Umfrageergebnis nachrichtenlose Vermögen auf Schweizer Banken: 775 Konti mit total 38,7 Mio Fr.
- 08.02.96 Heftige Reaktionen von Vertretern jüdischer Organisationen; die Umfrage wird zum Teil als "unakzeptabel" zurückgewiesen.
- 20.02.96 Hearing der Subkommission der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates mit Vertretern des Jüdischen Weltkongresses (Israel Singer), des Schweiz. Israelitischen Gemeindebundes, der Bankiervereinigung, der Eidg. Bankenkomm., sowie der Ombudsman der Schweizer Banken.
- 27.02.96 Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates gibt bekannt, dass sie Abklärungs- und Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der generellen Problematik nachrichtenloser Vermögen erblickt.
- 23.04.96 Erstes Hearing des Bankenausschusses des U.S. Senats unter Vorsitz von Senator Alfonse D'Amato
- 02.05.96 Übereinkommen zwischen Internationalen Jüdischen Organisationen und der Schweiz. Bankiervereinigung zur Schaffung des "Independent Committee of Eminent Persons", auch "Volcker-Kommission" genannt. Die Kommission soll die Suche nach Vermögen von Naziopfern bei Banken in der Schweiz überprüfen. Memorandum of Understanding / Verständigungsvereinbarung
- 10.05.96 Der Bundesrat setzt eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter Leitung von Botschafter Mathias Krafft ein, die der Frage nachgehen soll, ob schweizerische Banken Raubgut entgegengenommen haben (gemäss Punkt 5 des Memorandum of Understanding)

- 13.05.96 Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates beschliesst selber eine Initiative auszuarbeiten.
- 02.07.96 Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates verabschiedet Vernehmlassungsentwurf zur Kommissionsinitiative.
- 26.08.96 Parlamentarische Initiative der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates. 96.434 Nachrichtenlose Vermögen. Verabschiedung des Berichts durch Kommission
- 10.09.96 Laut einem Bericht im Auftrag des britischen Aussenministers, habe die Schweiz 500 Mio \$ deutsches Gold übernommen; der Betrag wird später auf 500 Mio Fr. korrigiert; Debatte im Unterhaus.
- 16.09.96 Stellungnahme des Bundesrates zur Parlamentarischen Initiative Nachrichtenlose Vermögen
- 30.09.96 Behandlung der Parlamentarischen Initiative Nachrichtenlose Vermögen im Nationalrat (Amtl. Bulletin NR 1996, S.1653ff)
- 03.10.96 Erste Klage im Namen von Nazi-Opfern gegen Schweizer Banken; es werden 20 Mia \$ gefordert.
- 06.10.96 US-Regierung kündigt eigene Untersuchungen über den Verbleib des Nazi-Goldes an; Leiter ist Stuart Eizenstat, Sonderbeauftragter des US-Aussenministeriums für die Suche nach nachrichtenlosen Vermögen.
- 16.10.96 Zweites Hearing des Bankenausschusses des U.S. Senats; Senator D'Amato spricht von einem "Geheimvertrag" zwischen der Schweiz und Polen 1949 (Bericht Hug/Perrenoud)
- 18.10.96 Das EDA erklärt, dass das Abkommen mit Polen in der Amtlichen Sammlung publiziert sei; dem Abkommen beigelegt wurde ein vertraulicher, d.h. unveröffentlichter Briefwechsel zwischen den beiden Delegationschefs.
- 23.10.96 Zweite Klage gegen Schweizer Banken; Forderung nach Herausgabe von Vermögenswerten.
- 25.10.96 Die Einsetzung einer koordinierenden [Task Force "Vermögenswerte Naziopfer"](#) unter Thomas Borer wird bekanntgegeben.
- 30.10.96 Klaus Urner, Leiter des Archivs für Zeitgeschichte, schlägt in einem Fernsehinterview die Schaffung einer schweizerischen Holocaust-Stiftung vor.
- 12.11.96 Schweizerischer Bankenombudsman, Pressekonferenz
- 27.11.96 Behandlung der Parlamentarischen Initiative Nachrichtenlose Vermögen im Ständerat (Amtl. Bulletin SR, 1996, S.904ff)
- 04.12.96 Neue Zahlen über an der Schweizer Grenze abgewiesene Flüchtlinge werden vom Bundesarchiv veröffentlicht (Artikel von Guido Koller, in Studien und Quellen 22)
- Dez. 96 Differenzbereinigung zwischen National- und Ständerat
- Dez. 96 Zum Thema werden acht parlamentarische Vorstösse eingereicht

- 11.12.96 Hearing vor dem Bankenausschuss des U.S. Repräsentantenhauses unter dem Vorsitz von James A. Leach in Washington; [Erklärung von Botschafter Thomas Borer](#)
- 13.12.96 Schlussabstimmungen, Einstimmige Verabschiedung des Bundesbeschlusses "betreffend die historische und rechtliche Untersuchung des Schicksals der infolge der nationalsozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte vom 13. Dezember 1996". Inkrafttreten: 14.12.96 (Publiziert in der Amtlichen Sammlung 1996 III 3487)
- 13.12.96 Schweizerische Nationalbank, Pressekonferenz
- 19.12.96 Unabhängige Expertenkommission (Bergier), Einsetzung durch den Bundesrat
- 19.12.96 Veröffentlichung des Berichts "Hug/Perrenoud, In der Schweiz liegende Vermögenswerte von Nazi-Opfern und Entschädigungsabkommen mit Oststaaten"
- 31.12.96 Interview-Äusserungen von Bundespräsident Delamuraz, der im Zusammenhang mit Wiedergutmachungs-Forderungen von «Lösegeld-Erpressung» spricht, lösen heftige Reaktionen besonders seitens jüdischer Kreise aus

Detaillierte Übersicht ab 1997

- 07.01.97 Der Bundesrat erklärt sich bereit, Gespräche über die Schaffung eines Fonds für Nazi-Opfer aufzunehmen
- 14.01.97 Aktenvernichtungen der Schweiz. Bankgesellschaft werden durch Christoph Meili, Angestellter einer Bewachungsfirma, bekanntgemacht.
- 15.01.97 Jüdische Kreise sind zu einer Wiederaufnahme des Dialogs bereit, nachdem Bundesrat Delamuraz erklärt hatte, er bedauere, dass er die Gefühle vieler Menschen verletzt habe
- 21.01.97 Eine parlamentarische Koordinationsgruppe unter Leitung von Lili Nabholz wird eingesetzt
- 25.01.97 Der Vorstand der SPS fordert Bundesrat Delamuraz zum Rücktritt auf
- 26.01.97 Veröffentlichung von Auszügen eines internen Papiers des Schweizer Botschafters in Washington, Carlo Jagmetti
- 27.01.97 Rücktritt von Botschafter Jagmetti
- 29.01.97 Veröffentlichung "Manifest vom 21. Januar 1997", erscheint am 31.1. als Inserat in verschiedenen Tageszeitungen
Dritte Sammelklage gegen Schweizer Banken; vom "World Council of Orthodox Jewish Communities" und Einzelpersonen getragen.

- 4./5.2.97 Lili Nabholz und François Loeb reisen im Auftrag der Nationalratspräsidentin und des Ständeratspräsidenten in die USA
- 05.02.97 Die drei Schweizer Grossbanken stellen 100 Mio Fr. für einen humanitären Fonds zugunsten der Nazi-Opfer zur Verfügung
- 10.02.97 Hearing des Stadtparlaments von New York
- 12.02.97 Der Bundesrat will ein zweistufiges Vorgehen: zuerst Schaffung eines Spezialfonds und gleichzeitig Vorbereitung einer definitiven Struktur, wahrscheinlich in der Form einer Stiftung
- 14.02.97 Treffen von Vertretern jüdischer Organisationen und der schweizerischen sowie der amerikanischen Regierung wird als Wendepunkt der Gespräche bezeichnet
- 25.02.97 Informationstag von Bundesarchiv und Task Force zu Wissensstand und Forschungsperspektiven
- 26.02.97 Der Bundesrat beschliesst eine "Verordnung betreffend den Spezialfonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Shoa" Die Verordnung tritt am 1. März 97 in Kraft.
- 01.03.97 Referat von Christoph Blocher "Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. Eine Klarstellung"
- 05.03.97 [Erklärung von Bundespräsident Koller](#) vor der Vereinigten Bundesversammlung; Vorschlag des Bundesrates für eine ["Schweizerische Stiftung für Solidarität"](#) mit einem Vermögen von rund 7 Mia Franken.
- 05.03.97 In einem [Brief](#) informieren die Nationalratspräsidentin und der Ständeratspräsident 25 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten in Europa, Nordamerika und Israel über die Massnahmen, welche das Schweizer Parlament in den letzten 2 Jahren unternommen hat.
- 11.-
14.3.97 Reise von Bundesrat Cotti in die USA
- 18.03.97 Allgemeine Debatte im Nationalrat zu verschiedenen parlamentarischen Vorstössen
- 19.03.97 Debatte im Ständerat zu einem parlamentarischen Vorstoss betreffend zukünftige Regelung nachrichtenloser Vermögen
- 04.u.08.04. Manifest der Schweizer Armee-Veteranen betont die Leistungen der Aktivdienst-Generation
- 17.04.97 Der Bundesrat wählt die vier schweizerischen Mitglieder in die Leitung des "Holocaust-Fonds"; Rolf Bloch wird Präsident
- 23.04.97 Die Rechtskommission des Nationalrates schlägt eine ergänzende Regelung vor, welche Arbeitnehmer, die gegenüber der "Expertenkommission Bergier" aussagen oder Informationen liefern, vor rechtlichen Nachteilen schützt.
- 30.04.97 Die Schweizerische Bankiervereinigung erklärt sich bereit, die Namen der Inhaber von nachrichtenlosen Vermögen zu publizieren

- 01.05.97 Elie Wiesel, Avraham Hirshson und Josef Burg werden vom Bundesrat in die Leitung des Holocaust-Fonds gewählt. Friedensnobelpreisträger Wiesel wird der Status eines «Doyen/International Chairman» zugesichert
- 06.05.97 Hearing des Bankenausschusses des US-Senats; Anhörung von Christoph Meili
- 07.05.97 Veröffentlichung des [Eizenstat-Berichts](#) (U.S. and Allied Efforts To Recover and Restore Gold and Other Assets Stolen or Hidden by Germany During World War II, Preliminary Study)
- 10.05.97 Elie Wiesel verzichtet auf die Teilnahme in der Fondsleitung
- 12.-14.5.97 Reise von Nationalrätin Lili Nabholz und Ständerat Gian-Reto Plattner in den USA.
- 15.05.97 Hearing des Bankenausschusses des US-Senats zum Eizenstat-Bericht
- 16.05.97 Die zwei Arbeitsgruppen "Stiftungsaktivitäten" und "Finanzierung" werden vom Bundesrat zur Vorbereitung der "[Schweizerischen Stiftung für Solidarität](#)" eingesetzt.
- 21.05.97 Veröffentlichung einer Untersuchung der Aktivitäten der schweiz. Maschinenindustrie und ihrer Verbände ASM und VSM 1933-1945
- 22.05.97 [Ausführliche Stellungnahme des Bundesrates zum Eizenstat-Bericht](#)
- 23.05.97 Der US-Senat spricht sich einstimmig dafür aus, Christoph Meili und dessen Frau und Kindern in den USA Asyl zu gewähren. [Bill for the relief of Christopher Meili](#) (unter Abschnitt 3 "Bill/Amendment" die Nummer "S.768" eingeben)
- 26.05.97 Der amerikanische Präsident Bill Clinton führt ein kurzes Telefongespräch mit Bundespräsident Arnold Koller
- 28.05.97 Der Bundesrat ernennt den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Edgar Bronfman, als siebtes Mitglied der Fondsleitung und bestimmt die 18 Mitglieder des Fonds-Beirats.
- 12.06.97 Nationalrat Stucky schlägt vor, die geplante Solidaritätsstiftung mit einem Teil des Reinertrags der Nationalbank zu finanzieren (Debatte im Rahmen einer kleinen Revision des Nationalbankgesetzes). Der Antrag wird zurückgezogen und vom Bundesrat weiter geprüft.
- 16.06.97 Der Bundesrat unterstützt die von der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates vorgeschlagene Regelung zum Schutz von Informanten, die gegenüber der "Expertenkommission Bergier" aussagen und erweitert sie geringfügig.
- 20.06.97 "[Informationsseminar Bericht Eizenstat](#)" organisiert von der Parlamentarischen Koordinationsgruppe "Nachrichtenlose Vermögen" in Zusammenarbeit mit der Task Force "Schweiz - Zweiter Weltkrieg" im Nationalratssaal.

- 21.06.97 Referat von [Nationalrat C. Blocher zum "Eizenstat-Bericht"](#);
Ankündigung, ein Jahresgehalt für eine private Solidaritätsaktion zu spenden, wenn dies andere auch tun.
- 23.-
25.6.97 Internationale Konferenz des Simon Wiesenthal-Zentrums (SWC) in Genf über die Suche und Rückerstattung von Nazi-Raubgut
- 25.06.97 Der Bundesrat verabschiedet die "Botschaft betreffend die Beteiligung der Schweizerischen Nationalbank am Fonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Shoa". Die Nationalbank soll sich mit 100 Mio. Fr. am Fonds beteiligen. Der Bundesrat beschliesst die "Verordnung über die historischen und rechtlichen Untersuchungen des Schicksals der infolge der national- sozialistischen Herrschaft in die Schweiz gelangten Vermögenswerte". Bankkierversammlung, Bankenkommission und "Volcker-Kommission" kündigen die Schaffung einer Meldestelle (bei der Treuhandgesellschaft Atag Ernst & Young) und eines internationalen Schiedsgerichts für die Ansprüche auf nachrichtenlose Vermögen auf Schweizer Banken an. [Hearing des Bankenausschusses](#) des US-Repräsentantenhauses zum "Eizenstat-Bericht".
- 02.07.97 Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates will den den Schutz Informanten der "Bergier-Kommission" noch einmal leicht erweitern.
- 03.07.97 Das Schweizer Fernsehen zeigt den umstrittenen BBC-Film «Nazigold und Judengeld» über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg; in Grossbritannien wurde der Film am 18. Juni 97 ausgestrahlt.
- 07.07.97 Aus dem Fonds für Holocaust-Opfer wird eine erste Tranche von 17 Millionen Franken für bedürftige Holocaust-Überlebende und ihre Nachkommen freigegeben.
- 08.07.97 Der Ombudsmann der Schweizer Banken hat bis Anfang Juni 1997 rund 17 Millionen Franken nachrichtenlose Vermögen bei Schweizer Banken gefunden; rund 10 Millionen haben Holocaust-Opfern gehört.
- 15.07.97 Nach dem US-Senat beschliesst auch das US-Repräsentantenhaus, Christoph Meili und seiner Familie Asyl zu gewähren. [Bill for the relief of Christopher Meili](#) (unter Abschnitt 3 "Bill/Amendment" die Nummer "S.768" eingeben)
- 23.07.97 Veröffentlichung einer Namensliste mit ausländischen nachrichtenlosen Vermögenswerten [Swiss Bank Dormant Accounts](#)
Die Liste von ausländischen Kontoinhabern aus der Zeit vor 1945 beinhaltet Konti im heutigen Wert von 61,2 Mio. Franken
- 29.07.97 US-Präsident Bill Clinton unterschreibt den Beschluss, der es Christoph Meili und seiner Familie erlaubt, sich definitiv in den USA niederzulassen.

- 25.08.97 Die Absicht der Schweizerischen Nationalbank, dem Holocaust-Fonds 100 Millionen Franken zukommen zu lassen, ist in der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates unbestritten. Hingegen ist sie mit zwölf zu fünf Stimmen der Auffassung, dass es hierfür keiner spezialgesetzlichen Grundlage im Sinne einer Ermächtigung bedarf. ([Pressemitteilung](#))
- 26.-
31.8.97 100-Jahr-Feier des 1. Zionistenkongresses in Basel [Votum Nationalratspräsidentin Judith Stamm](#) anlässlich des Zionistenkongresses vom 31.8.97 in Basel
- 1.-4.9.97 Besuch einer Delegation der Knesset in der Schweiz
- 29.7.97 US-Präsident Bill Clinton unterschreibt den Beschluss, der es Christoph Meili und seiner Familie erlaubt, sich definitiv in den USA niederzulassen.
- 10.9.97 Israel veröffentlicht eine Liste mit 10'000 Namen von Eigentümern nachrichtenloser Vermögen. Es handelt sich um die Namen europäischer Juden, die vor dem Zweiten Weltkrieg im damaligen Palästina Vermögen besessen haben und von den Nazis ermordet wurden, sagte ein Sprecher des Justizministeriums in Jerusalem.
- 11.9.97 Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates beschliesst Vertagung des Entscheids über die Schaffung einer Rechtsgrundlage für einen Holocaust-Fonds bis zum Entscheid des Nationalrates in der Herbstsession. Sie beantragt Nichteintreten auf parlamentarische Initiative der RK-N zu den Folgen der Ausübung des Melderechts gegenüber der Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg, weil die vorgeschlagenen Ergänzungen überflüssig seien. ([Pressemitteilung](#))
- 15.9.97 Die Leitungsgremien des Holocaust-Fonds haben ohne die jüdischen Mitglieder getagt. Mangels Anträgen von Organisationen, die die Interessen der Nazi-Opfer wahrnehmen, konnten sie auch keine definitiven Beiträge sprechen.
- 17.9.97 Benjamin Meed wird vom Bundesrat in die Leitung des Spezialfonds für Holocaust-Opfer gewählt. Meed, ein Holocaust-Überlebender und Präsident der «American Gathering/Federation of Jewish Holocaust Survivors», ersetzt den Präsidenten des World Jewish Congress (WJC), Edgar Bronfman. ([Pressemitteilung](#))
- 17./18.9.97 Jüdische Organisationen überreichen erste Listen mit den Namen von Bedürftigen aus Osteuropa, die Gelder aus dem Holocaust-Spezialfonds erhalten sollen.
- 23.9.97 Ein jüdisches Holocaust-Opfer (Hans Weinberg - alias Eli Carmel), das 1939 aus Basel nach Deutschland ausgeschafft wurde, erhält von der Basler Regierung eine Wiedergutmachungszahlung von 50 000 Franken. Der Basler Regierungspräsident Ueli Vischer entschuldigt sich beim heute 81jährigen für das Erlittene.

- 24.9.97 Der Nationalrat beschliesst mit 98 gegen 9 Stimmen, den Rechtsschutz für Zeugen der Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg (Kommission Bergier) zu verbessern.
- 29.9.97 Die Schweizerische Nationalbank soll in eigener Kompetenz und Verantwortung über ihre Einlage von 100 Millionen Franken in den Holocaust-Fonds entscheiden. Der Nationalrat beschliesst mit 131 zu 38 Stimmen auf eine entsprechende Spezialgesetzgebung nicht einzutreten
- 1.10.97 Das Strafverfahren gegen den ehemaligen Wachmann Christoph Meili und das Verfahren gegen den Verantwortlichen für die Aktenvernichtung bei der UBS, den Konzernarchivar Erwin Haggmüller, werden eingestellt..
- 7.10.97 Die Nationalbank kann in eigener Kompetenz Geld in den Holocaust-Fonds einzahlen. Der Ständerat ist mit 22 zu 16 Stimmen dem Nationalrat gefolgt.
Der Ständerat hält einen zusätzlichen Rechtsschutz für Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die der Anlaufstelle der Bergier-Kommission Auskunft geben, für unnötig. Mit 35 zu 7 Stimmen beschliesst er, nicht auf den Vorschlag des Nationalrats einzutreten. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) entschuldigt sich in Israel für sein Schweigen zum nationalsozialistischen Massenmord an den Juden.
Im Zweiten Weltkrieg soll mehr Nazi-Raubgold in die Schweiz geflossen sein als bisher angenommen. In einem neuen Bericht spricht der Jüdische Weltkongress (WJC) von 4,4 Milliarden Dollar nach heutigem Wert. Dies seien zwei bis drei Milliarden mehr, als die Schweiz zurückerstattet habe. Die Task Force Schweiz-Zweiter Weltkrieg weist sämtliche Forderungen im Zusammenhang mit dem Washigtoner Abkommen mit Entschiedenheit zurück.
- 10.10.97 Alan G. Hevesi, der Comptroller der Stadt New York, hat die UBS (Schweizerische Bankgesellschaft) von einem von ihr ursprünglich angeführten Syndikat für die Vergebung einer Stadtanleihe ausgeschlossen. Die Sanktion wird vom amerikanischen State Department als kontraproduktiv bezeichnet.
- 14.10.97 Es wird bekannt, dass der US-Bundestaat Kalifornien die staatlichen Geschäfte mit Schweizer Banken seit Sommer dem ausgesetzt hat.

- 21.10.97 Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates weist Druckversuche, die Arbeit der "Bergier-Kommission" durch die Verweigerung der dafür nötigen finanziellen Mittel zu beschneiden oder zu behindern, mit aller Entschiedenheit zurück.
([Pressemitteilung](#))
Der US-Bundesstaat Massachusetts will einen Vertrag mit der UBS aufkündigen. - Stuart Eizenstat hat in einem Brief den Bundesstaat Kalifornien aufgefordert, die Massnahmen gegen drei Schweizer Banken aufzuheben.
- 28.10.97 Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates beantragt mit 18:4 Stimmen, am Beschluss des Nationalrates betreffend Folgen der Ausübung des Melderechts gegenüber der Expertenkommission Schweiz -Zweiter Weltkrieg festzuhalten. ([Pressemitteilung](#))
- 29.10.97 Die Bankiervereinigung veröffentlicht zwei neue Verzeichnisse nachrichtenloser Vermögen. Sie enthalten die Namen von rund 11 000 schweizerischen und 3700 ausländischen Inhabern. (www.dormantaccounts.ch)
- 31.10.97 [Solidaritätsstiftung](#): Die zwei Arbeitsgruppen unter Leitung von Ulrich Bremi und Hermann Fehr legen ihre Schlussberichte vor.
- Bericht Arbeitsgruppe "[Finanzierung und Vermögensbewirtschaftung](#)"
- Bericht Arbeitsgruppe "Stiftungsaktivitäten"
Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank beschliesst am 3. November 100 Millionen Franken in den Holocaust-Spezialfonds einzubezahlen.
- 10.11.97 Der Spezialfonds für Holocaustopfer hat die ersten 15 Mio. Franken an die World Jewish Restitution Organization (WJRO) zur Unterstützung jüdischer Holocaust-Überlebender in Osteuropa überwiesen.
- 15.11.97 Bei ihrem offiziellen Besuch in Bern hat die US-Aussenministerin [Madeleine K. Albright in ihrer Ansprache](#) im Bundeshaus die Schweizer Anstrengungen zur Aufarbeitung der Nazizeit gewürdigt und dem Bundesrat eine konstruktive Haltung der US-Regierung bei der Diskussion verbleibender Differenzen zugesichert.
- 18.11.97 Erste Holocaust-Überlebende in Riga (Lettland) erhalten Spezialfonds-Gelder.
- 19.11.97 Der Banken-Unterausschuss der Knesset fordert die israelischen Banken auf, bis Ende Jahr die Namen von Inhabern nachrichtenloser Vermögen zu veröffentlichen
- 16.-
20.11.97 Eine Delegation der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates besucht Israel. ([Pressemitteilung](#))
- 21.11.97 Der Jüdische Weltkongress (WJC) schlägt eine Pauschalzahlungs-Lösung vor.

- 1.12.97 Die "Bergier-Kommission" veröffentlicht eine statistische Übersicht zum Goldhandel.
- 1.12.97 Der Jüdische Weltkongress (WJC) fordert von der Schweiz Zahlungen an Holocaust-Opfer in Milliardenhöhe.
- 2.-4.12.97 Internationale Konferenz zum Nazi-Raubgold in London
- 2.12.97 Grossbritannien, die USA und Frankreich geben die Gründung eines internationalen Fonds für bedürftige Holocaust-Opfer bekannt.
- 4.12.97 Der US-Bundestaat Kalifornien will sein gegen Schweizer Banken verhängtes Moratorium für zunächst drei Monate aufheben.
- 5.12.97 Das Bundesarchiv publiziert eine Studie über die Aktivitäten von drei Schweizer Tochterfirmen in Nazi-Deutschland.
- 8.12.97 "Conference on Dormant Swiss Bank Accounts, Missing Assets and Local Initiatives" /[New York City Comptroller](#)
Rechtsschutz für Zeugen der Kommission Bergier: der Nationalrat hält mit mit 97 gegen 55 Stimmen an seinem Beschluss fest.
- 10.12.97 Der Nationalrat bewilligt mit 102 gegen 52 Stimmen 1,1 Millionen Franken für das Sekretariat des Holocaust-Fonds. Der Ständerat hatte diesen Betrag ohne Diskussion bewilligt.
- 11.12.1997 Im Rahmen des Voranschlags genehmigt der Nationalrat mit 112 zu 37 Stimmen einen Zusatzkredit von 17 Millionen Franken für die Kommission Bergier. Der Ständerat hat den Kredit am 3. Dezember oppositionslos angenommen.
- 18.12.97 23 albanische Überlebende des Holocaust erhalten als erste nichtjüdische Holocaust- Opfer aus dem Spezialfonds je 1000 Franken.
- 22.12.97 Die vom Westschweizer Fernsehen ausgestrahlte Reportage `L'honneur perdu de la Suisse" hat laut Unabhängiger Beschwerdeinstanz (UBI) die Konzession verletzt. Das Programmrecht nicht verletzt hat hingegen die in Deutschschweizer Fernsehen gesendete BBC-Dokumentation `Nazigold und Judengeld', weil sie angemessen eingebettet wurde.
- 24.12.97 Die drei Schweizer Grossbanken übernehmen die Verteilkosten des Spezialfonds für Holocaust-Opfer von bis zu 15 Millionen Franken.

Detaillierte Übersicht ab 1998

- 13.01.1998 Das Simon Wiesenthal Center veröffentlicht eine Studie über Internierungslager für Flüchtlinge in der Schweiz. Die Leute seien wie Sklaven zur Arbeit hinter Stacheldraht gezwungen worden. - Die Task Force weist die Vorwürfe umgehend zurück. Der ehemalige Wachmann Christoph Meili verklagt die UBS auf 2,56 Milliarden Dollar (fast 3,8 Milliarden Franken).

- 21.01.1998 Die Organe des Spezialfonds bewilligen erstmals Zahlungen an homosexuelle Nazi-Opfer
- 28.01.1998 Im US-Repräsentatenhaus werden 2 Gesetzesentwürfe eingereicht, mit denen europäische Versicherungsunternehmen zur Auszahlung von Policen an Nazi-Opfer gezwungen werden sollen. [link zu: <http://thomas.loc.gov/> dann Eingabe bei "Search by Bill Number": H. R. 3121]
- 01.02.1998 Unterstaatssekretär Eizenstat kündigt Untersuchungen über den Verbleib von Vermögenswerten aus der Holocaust-Zeit in den USA an.
- 05.02.1998 [US-Senator D'Amato fordert die US-Aufsichtsbehörden](#) auf, die UBS-Bankenfusion in den USA vorläufig zu blockieren.
- 06.02.1998 Die von Christoph Blocher initiierte "Jubiläumsspende Schweiz 98" wird nicht weitergeführt, weil nicht genügend Spenden zusammengekommen sind. (Pressemitteilung)
- 12.02.1998 Hearing des [Bankenausschuss des U.S. Repräsentantenhauses](#) zu Raubgut und Versicherungspolicen.
- 16.02.1998 Basler und Winterthur Versicherungen lehnen einen Archivzugang von US-Versicherungsaufsichtern ab.
- 19.02.1998 Der Bundesrat lehnt eine Genugtuungsforderung des ehemaligen jüdischen Flüchtlings Charles Sonabend aus rechtlichen Gründen ab ([Pressemitteilung](#))
- 03.03.1998 Mit 29 gegen 4 Stimmen beschliesst der Ständerat an seinem Nichteintretensbeschluss betreffend Rechtsschutz für Zeugen der Kommission Bergier festzuhalten. Dies hat zur Folge, dass die Parlamentarische Initiative von der Geschäftsliste gestrichen wird.
- 04.03.1998 Eine von der schwedischen Regierung eingesetzte Kommission publiziert einen Bericht und eine Liste mit 649 Namen von Inhabern nachrichtenloser Vermögen.
- 10.03.1998 Der Präsident der World Jewish Congress erklärt in einem [Interview](#): "Wenn die Schweizer weiterhin störrisch bleiben, werde ich alle amerikanischen Aktionäre aufrufen, ihre Geschäfte mit den Schweizern zu suspendieren. Wir kommen nun an einen Punkt, wo die Angelegenheit erledigt werden muss. Oder wir kommen zum totalen Krieg."
- 16.03.1998 Bundespräsident Cotti bezeichnet die Äusserung von Edgar Bronfman in der Fragestunde des Nationalrates als höchst befremdlich, empörend und deplaziert.

- 18.03.1998 In einer Interpellation stellt die freisinnig-demokratische Fraktion für den Fall von Boykottmassnahmen durch US-Bundesstaaten gegen Schweizer Banken entsprechende Gegenmassnahmen zur Diskussion. - Am 19.3.98 reicht die Liberale Fraktion ein Postulat mit ähnlicher Stossrichtung ein.
Erstmals erhalten Fahrende Gelder aus dem Spezialfonds für Holocaust-Opfer ([Pressemitteilung](#)).
- 26.03.1998 Die schweizerische und die US-amerikanische Regierung halten Aufrufe für Sanktionen und Boykotte in den USA für «ungerechtfertigt und kontraproduktiv». In einer gemeinsamen Erklärung rufen der schweizerische Bundesrat und die Regierung der USA zur Zusammenarbeit im Geiste der Mässigung auf ([Text der Erklärung](#)).
- Die Finanzbeamten verschiedener US-Bundesstaaten und - Städte wollen vorerst keine Sanktionen gegen die Schweizer Grossbanken verhängen. Das Ende März auslaufende "Moratorium" wird bis zum 1. Mai verlängert. - Die drei Schweizer Grossbanken hatten in einem Brief an WJC-Generalsekretär Israel Singer mitgeteilt, sie böten in Gesprächen mit dem WJC und den Anwälten von Holocaust-Überlebenden zu einer «ehrenhaften und moralischen» Lösung Hand.
- 01.04.1998 Der US-Kongress will mit Unterstützung des Weissen Hauses eine «Präsidentielle Beraterkommission zu Holocaustvermögen in den USA» schaffen. Sie soll ihren Bericht und Empfehlungen an Präsident Clinton bis spätestens 31. Dezember 1999 vorlegen. ([Pressemitteilung](#))
(["http://thomas.loc.gov/"](http://thomas.loc.gov/) Eingabe bei "Search by Bill Number": H.R.3662)
- 03.04.1998 Die britische Regierung will jüdische Holocaust-Opfer entschädigen, die ihr Geld im Zweiten Weltkrieg vor den Nazis nach Grossbritannien in Sicherheit gebracht hatten, aber nie wiederbekamen. (Pressemitteilung)
- 08.04.1998 Alle 16 Mitglieder des internationalen Schiedsgerichts, das über Ansprüche auf nachrichtenlose Vermögenswerte auf Schweizer Banken entscheidet, stehen fest. Es steht unter dem Vorsitz des Zürcher Rechtsprofessors Hans-Michael Riemer.
- 09.04.1998 Versicherungsbeamte amerikanischer Staaten und Vertreter vier grosser Versicherungen - darunter der «Zürich» - haben in San Francisco eine Zusammenarbeit zur Lösung des Problems der «nachrichtenlosen Policen» vereinbart. Dazu soll eine internationale Kommission eingesetzt werden.

- 17.04.1998 Hans Kaufmann von der Bank Bär schätzt die Kosten für die Suche nach nachrichtenlosen Vermögen bei den Schweizer Banken total auf rund eine Milliarde Franken. Darin enthalten ist der Beitrag von 300 Millionen an den Spezialfonds für Holocaust-Opfer
- 27.04.1998 Treffen zwischen den Schweizer Banken, dem Jüdischen Weltkongress und den Anwälten der Sammelklagen unter der Leitung von Stuart Eizenstat mit dem Ziel einer Globallösung. In der [NZZ vom 25.4.98](#) wurden die Diskussionsgrundlagen publik gemacht.
- 04.05.1998 Die Holocaust-Überlebende Estelle Sapir hat sich mit der Credit Suisse über ihre Ansprüche auf nachrichtlose Vermögen in einem Vergleich geeinigt.
- 05.05.1998 Der St. Galler Grosse Rat bewilligt einen Kredit von 1,3 Mio Franken für die Errichtung einer Paul Grüninger-Stiftung.
- 07.05.1998 In der Schweiz ist eine Anlaufstelle für Holocaust-Überlebende gegründet worden. Sie vertritt Personen in der Schweiz, die Gelder aus dem Spezialfonds beanspruchen, gegenüber der zuständigen Wiedergutmachungs-Organisation WJRO.
- 12.05.1998 Die Leitung des Spezialfonds für die Opfer des Holocaust klärt die Modalitäten der Verteilung von Geldern an ehemalige "politische Gefangene" und Nazi-Opfer in den USA. Es werden insgesamt rund 60 Millionen Franken freigegeben. .
Der Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Israel Singer, nimmt an einer Sitzung der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrates teil.
- 14.05.1998 Laut einer Untersuchung des Bundesamtes für Kultur sind die Kulturgüter, welche 1933 bis 1945 in die Schweiz gelangten und in Bundesbesitz sind, nicht zweifelhafter Herkunft.
Die britische Regierung ruft Personen mit Ansprüchen auf Vermögen, die während des Krieges beschlagnahmt und nachher nicht zurückerstattet worden waren, auf, sich zu melden. (www.enemyproperty.gov.uk)
- 18.05.1998 Der israelische Ministerpräsident Netanjahu erklärt die Wertschätzung Israels für die von der Schweiz und der Schweizer Regierung ergriffenen Schritte zur Wahrheitsfindung und zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit für die Holocaust-Überlebenden und die Nachkommen der Opfer.
US-Präsident Bill Clinton würdigt die Schweizer Bemühungen bei der Aufarbeitung der Rolle des Landes in der Nazizeit und lehnt Boykottdrohungen gegen die Schweiz ab.

Das Repräsentantenhaus des US-Bundesstaates New Jersey beschliesst als erste Kammer einen Boykott gegen Schweizer Banken.

- 25.05.1998 Veröffentlichung des ersten Zwischenberichts der "Bergier-Kommission" ("Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg"). Internet-Publikation unter: www.uek.ch. Stellungnahmen des [Bundesrates](#) und der [Nationalbank](#).
- 02.06.1998 Veröffentlichung des zweiten "[Eizenstat-Berichts](#)" ("U.S. and Allied Wartime and Postwar Relations and Negotiations With Argentina, Portugal, Spain, Sweden, and Turkey on Looted Gold and German External Assets [...]"). [Stellungnahme des Bundesrates](#).
[Auszüge aus dem Vorwort in deutscher Übersetzung](#) (NZZ vom 3.6.98)
- 03.06.1998 In New York wird eine weitere Sammelklage von Holocaust-Opfern in Milliardenhöhe eingereicht. Sie richtet sich gegen die Deutsche Bank und die Dresdner Bank.
- 08.06.1998 Im Ständerat wird über allfällige Reaktionen auf Boykottmassnahmen in den USA debattiert. Die Federal Reserve Board (Fed) der USA stimmt der Fusion von Bankgesellschaft und Bankverein zur UBS zu ([Pressemitteilung](#)).
- 09.06.1998 Die vom Simon-Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles publizierte "[Studie über Nazi- und Pronazi-Gruppen in der Schweiz, 1930-1945](#)" stösst auf breite Kritik im In- und Ausland.
- 18.06.1998 [Bemerkungen der Nationalbank](#) zum Goldbericht der Bergier-Kommission.
- 19.06.1998 Die drei Schweizer Grossbanken bestätigen, bei den Sammelklage-Vergleichsverhandlungen 600 Millionen Dollar angeboten zu haben. ([Pressemitteilung](#))
- 23.06.1998 Der Bundesrat gibt die gesetzlichen Grundlagen für die "Stiftung solidarische Schweiz" in die Vernehmlassung (bis Mitte Sept.).
Pressemitteilung
Der Bundesrat lehnt das Gesuch des ehemaligen jüdischen Flüchtlings und Holocaust-Überlebenden Joseph Spring um eine Genugtuungssumme ab ([Pressemitteilung](#)). ([Dokumentation WoZ](#))
- 24.06.1998 Behörden und Polizei haben laut einem Bericht des "Beobachters" im Zweiten Weltkrieg Hunderte von Schweizern im Ausland von der Heimreise abgehalten. ([Artikel](#))
- 26.06.1998 Die norwegische Regierung veröffentlicht Vorschläge zur Regelung der im 2. Weltkrieg enteigneten jüdischen Vermögen.

- 30.06.1998 Bei einem US-Gericht wird im Namen von fünf Holocaust-Opfern eine seit längerem angekündigte Sammelklage gegen die Schweizerische Nationalbank (SNB) eingereicht.
([Stellungnahme der SNB vom 3.4.98](#))
Die Gründung des "Arbeitskreises Gelebte Geschichte (AGG)" wird bekanntgegeben; der AGG will die "gelebte Geschichte" der Zeitzeugen vermehrt zur Geltung bringen.
- 01.07.1998 Vier Holocaust-Überlebende reichen in Kalifornien eine Klage gegen die drei Schweizer Grossbanken ein.
- 02.07.1998 Die im «[Hevesi-Komitee](#)» versammelten US-Finanzbeamten heben das Boykott-Moratorium gegen die Schweizer Grossbanken auf. Es bleibt den einzelnen US-Bundesstaaten und Städten überlassen, über Boykotte zu entscheiden. In New York und anderen US-Staaten sollen die Sanktionen stufenweise in Kraft gesetzt werden. - Der Bundesrat erklärt, er erwarte "von der US-Regierung, dass sie in Wahrnehmung ihrer internationalen Verpflichtungen solche Sanktionen verhindert."
([Stellungnahme des Bundesrates](#))
- 03.07.1998 Die Partei der "Schweizer Demokraten" ruft dazu auf "sämtliche amerikanischen und jüdischen Waren, Restaurants und Ferienangebote" zu boykottieren. ([Originaltext](#)) Der Aufruf wird im Internet am 7.7. auf "US-jüdische" abgeändert.
- 04.07.98 Gegen den Zentralpräsidenten der Schweizer Demokraten, [Rudolf Keller](#), wird eine Strafanzeige wegen Verstosses gegen die Antirassismus-Strafnorm eingereicht (siehe Aufruf vom 3.7.).
- 22.07.1998 In einem persönlichen Schreiben an US-Präsident Bill Clinton äussert Bundespräsident Flavio Cotti die Erwartung, dass der Präsident und seine Administration sich entschieden gegen Sanktionen einsetzen. ([Pressemitteilung](#))
Hearing des Bankenausschusses des US-Senats zu: Schweizer Banken und das Washingtoner Abkommen von 1946. Die Schweizer Regierung verzichtet auf eine Teilnahme
([Pressemitteilung](#)).
([Aussagen im Hearing](#))
- 31.07.1998 Eine unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte der Deutschen Bank in der Nazizeit legt einen Bericht vor (PressemitteilungBericht)

- 12./13.08.1998 Schweizer Grossbanken, US-Sammelkläger und jüdische Organisationen haben sich auf einen umfassenden Vergleich in Höhe von 1,25 Milliarden Dollar verständigt. Damit seien auch die Forderungen an den Schweizer Staat und die Nationalbank hinfällig sind, ebenso die Klage von Christoph Meili gegen die UBS. Einzig die Versicherungen sind von dem Vergleich ausgenommen. Die Banken gehen davon aus, "dass sich weitere Schweizer Unternehmen und Institutionen an der Finanzierung dieses Betrags beteiligen werden."
([Pressemitteilung CS/UBS](#)) ([ausführliche Informationen](#))
([Transcript of Settlement](#))
- 13.08.1998 Die Präsidenten des National- und Ständerates, Ernst Leuenberger und Ulrich Zimmerli, haben mit Interesse Kenntnis genommen von der Einigung, die zwischen den Schweizer Banken und den Vertretern der Sammelklagen heute Nacht in New York zustande kam. ([Pressemitteilung](#))
- 14.08.1998 Die Zürich-Versicherung schliesst mit den US-Versicherungsaufscheidern eine Übereinkunft ab: eine Internationale Kommission soll innert zweier Jahre heute offene Fragen klären. ([Pressemitteilung](#))
- 19.08.1998 Der Bundesrat zeigt Verständnis für den Vergleich der Grossbanken mit den Klägern in den USA. Der schweizerische Staat sei indessen nicht Teil dieser Lösung und werde sich demgemäss finanziell nicht beteiligen. Die Nationalbank entscheide autonom.
- 19./20.08.1998 Der italienische Versicherungskonzern Assicurazioni Generali hat sich mit Anwälten jüdischer Sammelkläger und mit der World Jewish Restitution Organization auf einen Vergleich in der Höhe von 100 Mio \$ geeinigt.
- 21.08.1998 Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank beschliesst, keinen finanziellen Beitrag an die Kosten des Vergleiches zwischen den Schweizer Banken und den Vertretern von Sammelklagen zu leisten. ([Pressemitteilung](#))
- 25.08.1998 Verschiedene europäische Versicherungen, darunter Winterthur und Basler, einigen sich mit der US-Versicherungsaufsichtsbehörde und jüdischen Organisationen auf ein gemeinsames Vorgehen zur Klärung und Abwicklung offener Ansprüche aus Versicherungspolicen. ([Pressemitteilung](#))
- 27.08.1998 Die Strategie des Bundesrates findet breite Unterstützung in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates.
(Pressemitteilung)
- 21.09.1998 Der Vergleich der Versicherungsgesellschaft Generali mit den Sammelklägern kommt nicht zustande.

- 24.9.1998 Veröffentlichung eines ersten [Tätigkeitsberichts](#) der "Volcker-Kommission". (Übersicht der [Bankiervereinigung](#))
- 07.10.1998 Das Bundesgericht weist eine Beschwerde gegen die Ausstrahlung der BBC-Coproduktion "Nazigold und Judengeld" in erster Linie aus formalen Gründen ab.
- 10.10.1998 Die "Bergier-Kommission" nimmt Stellung zu Kritik an ihrem Gold-Zwischenbericht ([NZZ, 10.10.98](#)), insbesondere zum Artikel von Jean-Christian Lambelet ([NZZ, 31.7.98](#))
- 28.10.1998 Der Zwischenbericht der "Bergier-Kommission" zu den Goldtransaktionen soll als leicht lesbare Kurzfassung kostenlos abgegeben werden. ([Pressemitteilung](#))
- 05.11.1998 Der österreichische Nationalrat verabschiedet das [Bundesgesetz über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen](#).
- 09.11.1998 Die Rechtskommission des Nationalrates beantragt mit 14 zu 7 Stimmen, die Immunität von [Nationalrat Rudolf Keller](#) aufzuheben. Ein Gericht solle darüber urteilen können, ob sein Aufruf vom 3.7.98, jüdische Waren, Restaurants und Ferienangebote zu boykottieren, gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm verstossen habe. ([sda-Meldung](#))
- 12.11.1998 6 europäische Versicherungen sichern die Äufnung eines Holocaust-Fonds mit 90 Mio \$ zu. Der frühere US-Aussenminister Lawrence Eagleburger wird Vorsitzender der internationalen Kommission, welche die Ansprüche von Holocaust-Opfern abklärt.
- 17.11.1998 [Die Knesset, das israelische Parlament](#) ehrt acht Männer, die sich um die Rückerstattung jüdischer Güter verdient gemacht hatten: Edgar Bronfman, Stuart Eizenstat, Alfonse D'Amato, Alan Hevesi, Avraham Burg, Israel Singer, Zwi Barak und Bobby Brown. Ministerpräsident Netanyahu, der den Geehrten die Auszeichnungen überreichte, zollte in seiner Ansprache den Schweizer Bemühungen Anerkennung.
- 18.11.1998 Der Bundesrat hält trotz Verärgerung über die israelische Ehrung an dem für den 25.11. vorgesehenen Besuch von Ministerpräsident Netanjahu in der Schweiz fest. ([Erlärung des Vizekanzlers](#))
- 21.11.1998 Jüdische Organisationen und israelische Regierung einigen sich auf einen Plan zur Verteilung der 1,25 Mia \$ der Grossbanken.
- 23.11.1998 Die Schweizer Grossbanken überweisen gemäss der Vereinbarung vom 12./13.8.98 in einer ersten Tranche 250 Millionen Dollar auf ein Sperrkonto

- 24.11.1998 Israels Regierungschef Netanjahu sagt seinen Schweiz-Besuch kurzfristig ab
- 30.11-3.12.1998 Internationale Konferenz zu Nazi-Raubgut in Washington. ([US Department of State](#)). Über 40 Staaten einigen sich auf nichtverbindliche Leitlinien betreffend Suche und Rückerstattung von Raubkunst. - Die "Bergier-Kommission" veröffentlicht Kurzbeiträge zu den Themen Gold, Assekuranz und Flüchtlinge
- 11.12.1998 Die Studie "Raubkunst - Kunstraub: Die Schweiz und der Handel mit gestohlenen Kulturgütern zur Zeit des Zweiten Weltkriegs" von Thomas Buomberger wird veröffentlicht. Der Holocaust-Spezialfonds erweitert den Kreis der begünstigten "politischen" KZ-Überlebenden.
- 18.12.1998 Der Nationalrat beschliesst mit 94 gegen 45 Stimmen die parlamentarische Immunität von Nationalrat [Rudolf Keller \(SD, BL\)](#) aufzuheben (vgl. Einträge vom 3. und 4.7.98).

Detaillierte Übersicht ab 1999

- 18.01.1999 Veröffentlichung einer [Liste mit rund 580 Namen](#), vorab von Personen in Osteuropa, deren Konten in der Schweiz eingezogen und an humanitäre Organisationen überwiesen worden waren. (Pressemitteilung)
- 22.01.1999 Anwälte der Schweizer Grossbanken, der Sammelkläger sowie Vertreter jüdischer Organisationen einigen sich über den definitiven Sammelklage-Vergleichsvertrag (dazu: Erklärung des Bundesrates)
- 26.01.1999 Die Anlaufstelle Raubkunst im Bundesamt für Kultur nimmt ihren Betrieb auf Pressemitteilung; Kontakt: andrea.rascher@bak.admin.ch).
- 30.01.1999 In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigen der Bundesrat und die US-Regierung ihren Willen, die Beziehungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich zu stärken und zu vertiefen. Text der Erklärung
- Ende Januar 1999 Das "Volcker-Komitee" setzt die Verzinsung nachrichtenloser Vermögen auf das rund Zehnfache ihres damaligen Wertes fest.
- 09.02.1999 Eine Schweizer Parlamentarier-Delegation hat ihren USA-Besuch als Beginn eines neuen Kapitels in den gemeinsamen Beziehungen gewertet und regelmässige Kontakte gefordert. ([Agenturmeldung](#))
- 16.02.1999 12 deutsche Unternehmen kündigen die Errichtung einer Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zugunsten von NS-Opfern an. Der deutsche Bundeskanzler sagt die Begleitung durch die Bundesregierung zu.

- 01.03.1999 Der Ständerat beschliesst im Gegensatz zum Nationalrat - mit 27 gegen 15 Stimmen - die parlamentarische Immunität von Nationalrat [Rudolf Keller \(SD, BL\)](#) nicht aufzuheben (vgl. Einträge vom 3. und 4.7.98).
- 11.03.1999 Das norwegische Parlament beschliesst 60 Mio \$ für Holocaust-Überlebende, der jüdischen Gemeinschaft und jüdischen Menschen zur Verfügung zu stellen (vgl. Eintrag vom 26.6.1998).
- 15.03.1999 Der Bundesrat beschliesst eine Präzisierung betreffend Umgang der Unabhängigen Expertenkommission UEK mit vertraulichen Informationen. ([Pressemitteilung](#))
- 24.03.1999 Der [französische Bankenverband "Association française des banques" \(AFB\)](#) erklärt sich zur Entschädigung jüdischer Nazi-Opfer bereit.
- 25.03.1999 Die Nationalbank veröffentlicht die Studie "Die währungspolitischen Hintergründe der Goldtransaktionen der Schweizerischen Nationalbank im Zweiten Weltkrieg" von Vincent Crettol und Patrick Halbeisen. ([Pressemitteilung und Studie](#))
- 31.03.1999 Der Bundesrat hat entschieden, die "Task Force Schweiz – Zweiter Weltkrieg" auf Ende März 1999 aufzulösen (Pressemitteilung).
- 14.04.1999 Der Bundesrat will ehemaligen Flüchtlingen, die während des Zweiten Weltkriegs in der Schweiz interniert waren und deren zwangsverwaltete Konten und Depots nie abgeholt worden sind, mit einem unkomplizierten Gesuchsverfahren die Auszahlung ihrer Guthaben ermöglichen. ([Pressemitteilung](#))
- 24.04.1999 Der Nationalrat hält an seinem Beschluss fest, die Immunität von Nationalrat Keller aufzuheben
- 30.04.1999 Eine Kurzfassung des Gold-Zwischenberichts der Bergier-Kommission wird in 5 Sprachen gratis abgegeben. (www.uek.ch)
- 16.06.1999 Der Ständerat hält an seinem Beschluss fest, die Immunität von Nationalrat Keller nicht aufzuheben. Weil sich National- und Ständerat nicht einigen konnten, wird die Immunität in diesem Fall definitiv nicht aufgehoben. - Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates will die Frage der Immunität generell prüfen ([Pressemitteilung](#))
- 16.06.1999 Der Präsident der Radgenossenschaft der Landstrasse, Robert Huber, tritt unter Protest aus dem Beirat des Spezialfonds für Holocaustopfer zurück.

Ende Juni 1999 In 500 Zeitungen in 40 Ländern erscheinen ganzseitige Inserate, die sich an Opfer und Überlebende des Holocaust wenden. Sie werden über die Bedingungen orientiert, unter denen sie Geld von der von den beiden Schweizer Grossbanken gezahlten Vergleichssumme von 1,25 Milliarden Dollar beantragen können.

Information unter: www.swissbankclaims.com

04.08.1999 Die portugiesische Untersuchungskommission kommt in ihrem Bericht zum Schluss, es gebe keine Gründe rechtlicher, politischer oder moralischer Natur zur Revision der früheren Abkommen mit den Alliierten in der Nazigold-Frage.

11.08.1999 US-Präsident Clinton ehrt den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Edgar Bronfman, mit der höchsten zivilen Auszeichnung der Regierung, der Presidential Medal of Freedom. ([White House, Remarks by the President](#))

07.10.1999 In den Verhandlungen über die Entschädigungen für Zwangsarbeit im Dritten Reich hat die deutsche Seite 3,3 Milliarden Dollar angeboten. Vertreter der jüdischen Organisationen hatten den Schaden auf 20 Milliarden Dollar beziffert. Die Verhandlungen werden auf Mitte November vertagt.

14.10.1999 In Los Angeles ehrt eine jüdische Gemeinde die Schweizer, die im Holocaust für die Juden einstanden. Botschafter Thomas Borer nimmt den erstmals verliehenen Carl-Lutz-Gedenkpreis entgegen.

14.10.1999 Die «Präsidentielle Beraterkommission zu Holocaustvermögen in den USA» kritisiert in einem Zwischenbericht das flagrante Fehlverhalten der USA bezüglich des so genannten ungarischen Goldzuges. ([Pressemitteilung und Bericht](#))

05.11.1999 Der Schweizer Fonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Shoa überweist je 2'000.-- Franken für 25 Opfer von Zwangssterilisationen durch das Naziregime (vgl. [Parlamentarische Initiative von Felten: Zwangssterilisationen. Entschädigung der Opfer](#))

14.11.1999 Der Schlussbericht der argentinischen Regierungskommission zur Erhellung der Nazi- Aktivitäten in Argentinien wird veröffentlicht. ([Homepage](#))

06.12.1999 Veröffentlichung des Schlussberichts der "[Volcker-Kommission](#)". ([Präsentation](#) vor dem Bankenausschuss des US-Repräsentantenhauses).
Stellungnahmen: [Bundesrat](#); [Eidg. Bankenkommission](#); [Bankiervereinigung](#)

- 10.12.1999 Der Bericht der Bergier-Kommission "Die Schweiz und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus" und 4 Beilagen werden veröffentlicht. ([Berichte im Volltext](#))
[Erklärung des Bundesrates](#).
- 15.12.1999 Berlin: Einigung über Entschädigungen für Zwangsarbeiter im Dritten Reich. 10 Milliarden Mark werden zur Hälfte die in der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zusammengeschlossenen Unternehmen und die öffentliche Hand aufbringen. ([Deutsche Bundesregierung](#))

Detaillierte Uebersicht ab 2000

- 19.01.2000 Der Bundesrat ernennt den Juristen Professor Daniel Thürer als Mitglied der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg. Thürer ersetzt Joseph Voyame, der seinen Rücktritt auf Ende Januar angekündigt hatte. ([Pressemitteilung](#))
- 21.01.2000 Das Bundesgericht weist die Genugtuungsklage des jüdischen Flüchtlings Joseph Spring ab. Gleichzeitig wird dem unterlegenen Kläger eine Parteientschädigung in der Höhe des geforderten Schmerzensgelds zugesprochen. ([WoZ-Dossier](#), [NZZ](#))
- 26.-28.01. 2000 Internationale Holocaust-Konferenz in Stockholm ([Homepage, englisch](#)).
[Rede von Bundesrätin Dreifuss am 27.1.](#)
- 03.02.2000 Die [Schweizerische Bankiervereinigung](#) stellt [neue Richtlinien](#) zum Umgang mit nachrichtenlosen Vermögen vor, die ab 1.7.2000 in Kraft treten.
- 15.02.2000 Die Internationale Kommission für Versicherungsansprüche aus der Zeit des Holocaust (ICHEIC) startet ein weltweites Programm zur Benachrichtigung von Anspruchsberechtigten. ([Homepage](#))
- 17.02.2000 Der Genfer Regierungsrat bedauert in einer Erklärung vor dem Grossen Rat zutiefst die Rückweisung von Flüchtlingen während des 2. Weltkriegs. (Erklärung: [französisch](#))
- 23.02.2000 Die "[Volcker-Kommission](#)" führt ihre letzte Sitzung durch und löst sich auf.
- 23.03.2000 Deutschland hat sich mit allen Parteien über die Verteilung von 10 Milliarden Mark an die überlebenden Zwangsarbeiter des Nazi-Regimes geeinigt. 100 Millionen Mark sollen aus dem Vergleich mit den Schweizer Banken stammen. ([Deutsche Bundesregierung](#))

- 30.03.2000 Die Eidg. Bankenkommission (EBK) hat entschieden, den beiden Empfehlungen der "Volcker-Kommission" (ICEP) zu folgen.
([Pressemitteilung](#))
- 13.04.2000 Nazi-Opfer reichen in New York eine Sammelklage gegen Österreich und mehrere österreichische Firmen auf insgesamt 18 Milliarden Dollar ein.
- 14.04.2000 Erklärung der Schweizer Bischöfe zum Verhalten der katholischen Kirche in der Schweiz zum jüdischen Volk während des 2. Weltkrieges und heute ([Homepage Bischofskonferenz](#))
([Pressemitteilung](#))
- 17.04.2000 In Frankreich legt die Matteoli-Kommission ihren Bericht über Enteignungen von Juden in der Nazizeit vor ([Bericht](#)).
- 08.05.2000 Britische Banken veröffentlichen im Internet Angaben zu 10'800 nachrichtenlosen Konten aus dem 2. Weltkrieg:
<http://www.restoreuk.org.uk>
- 17.05.2000 Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft für die Stiftung solidarische Schweiz zu Händen des Parlaments ([Pressemitteilung](#);
[Homepage Solidaritätsstiftung](#))
- 17.05.2000 Regierungsvertreter aus verschiedenen Staaten haben an einer «Versöhnungskonferenz» in Wien die Höhe jener Beträge festgelegt, die Österreichs Regierung und Wirtschaft den Opfern nationalsozialistischer Zwangsarbeit zu zahlen gewillt sind.
- 19.05.2000 Der Bund und die Geschwister Sonabend haben sich aussergerichtlich geeinigt. ([Pressemitteilung](#))
Am 23.5. empfangen Bundesrätin Ruth Dreifuss und Bundesrat Kaspar Villiger die Geschwister Charles und Sabine Sonabend zu einem persönlichen Gespräch.
- 16.06.2000 Die jüdische Gemeinschaft in den Niederlanden erzielt mit der Amsterdamer Börse (AEX) und der niederländischen Bankervereinigung eine Übereinkunft zu Schadenersatzforderungen von Holocaust-Opfern (314 Mio hfl.). - Versicherungen bezahlen 25 Mio hfl., der niederländische Staat 400 Mio hfl. (NZZ 17.6.00)
- 26.06.2000 Der Bundesrat will seinen Einsatz in den Bereichen Menschenrechte und Prävention von Rassismus verstärken. Er ist grundsätzlich bereit, Sensibilisierungs- und Präventionsprojekte von Dritten zu unterstützen. ([Pressemitteilung](#))
- 05.07.2000 Nachrichtenlose Vermögen sollen künftig nach zehn Jahren ohne Kundenkontakt einer zentralen Bundesstelle gemeldet werden müssen. Nach 50 Jahren und nach einer vorgängigen Publikation ist der Heimfall an den Staat vorgesehen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wird in die Vernehmlassung gegeben.
([Pressemitteilung und Vorentwurf](#))

- 06.07.2000 Die neue "Interessengemeinschaft Schweiz - Zweiter Weltkrieg" fordert den Bundesrat in einer Petition auf, zu den Bergier-Berichten ausführlich und kritisch Stellung zu nehmen. Die Interessengemeinschaft war auf Initiative des [Arbeitskreises Gelebte Geschichte](#) gegründet worden.
- 07.07.2000 Der österreichische Nationalrat genehmigt einstimmig die Einrichtung eines "Versöhnungsfonds", der den 150'000 noch lebenden Opfern des NS-Regimes zugute kommen soll. Ähnlich wie in Deutschland sollen Staat und Unternehmen Beträge zum Fonds von 6 Mia Schilling (700 Mio Fr.) leisten. ([Versöhnungsfonds-Gesetz](#))
- 14.07.2000 Die französische Regierung zahlt Entschädigung an etwa 10'000 Nachkommen von Opfern der Judenverfolgung durch die Nazis in Frankreich. ([Kurzinformation](#))
- 26.07.2000 Der am 12. August 1998 von den zwei schweizerischen Grossbanken Credit Suisse Group und UBS sowie den Anwälten von rund 600 000 Sammelklägern und den jüdischen Organisationen vereinbarte Vergleich über 1,25 Mrd. \$ wird vom New Yorker Richter Edward Korman genehmigt. Richter Korman gibt beiden Parteien sieben Tage Zeit, über die noch strittigen Punkte Einigung zu erzielen. Offene Fragen bestehen namentlich noch bei der Entschädigung von Zwangsarbeitern, die für Schweizer Unternehmen in- und ausserhalb der Schweiz gearbeitet haben. ([NZZ-Dossier](#); [Website zum Rechtsverfahren](#); [Homepage US-Gericht](#))
- Der Bundesrat begrüsst die Genehmigung des Vergleichsabkommens. ([Pressemitteilung](#))
- 04.08.2000 Die Grossbanken UBS und Credit Suisse Group sind bereit, dem Bankenvergleich inklusive Zusätzen (Amendments) zuzustimmen.
- 09.08.2000 Richter Korman setzt den Bankenvergleich mit den jüdischen Klägern formell in Kraft (Final Order and Judgment; [Swissbankclaims-Homepage](#))
- 11.09.2000 Der vom zuständigen Richter Edward Korman eingesetzte "Special Master" Judah Gribetz legt einen Vorschlag zur Verteilung der 1,25 Mrd. \$ vor. 800 Mio \$ des Schweizerischen Bankenvergleichs sollen zur Befriedigung von Ansprüchen auf nachrichtenlose Vermögen auf Schweizer Banken eingesetzt werden. Der Rest solle an die anderen Sammelkläger-Klassen ausbezahlt werden - ehemalige Zwangsarbeiter, abgewiesene Flüchtlinge. ([Swissbankclaims-Homepage](#))

- 17.09.2000 37 Schweizer Firmen haben mit einer Meldung an den New Yorker Richter Edward Korman um Schutz vor Klagen wegen der Beschäftigung von Zwangsarbeitern unter dem Nazi-Regime ersucht. ([NZZ-Artikel](#))
- 10.10.2000 Das Staatsarchiv Genf veröffentlicht Bericht: "Les Réfugiés civils et la frontière genevoise durant la Deuxième Guerre mondiale" (Coordination: Catherine Santschi). ([Online-Publikation](#))
- 18.10.2000 Die amerikanische Historikerin Sybil Milton, Vizepräsidentin der Bergier-Kommission, ist im Alter von 59 Jahren gestorben. ([Kurzportrait](#))
- 22.11.2000 Nach der Auswertung eines Hearings am 20.11. kommt US-Richter Edward Korman zum Schluss, dass der von Special Master Judah Gribetz erarbeitete Verteilplan vollumfänglich gut geheissen werden könne. ([Swissbankclaims-Homepage](#))
- 01.12.2000 Unter dem Titel "Roma, Sinti und Jenische. Schweizerische Zigeunerpolitik zur Zeit des Nationalsozialismus" veröffentlicht die Unabhängige Expertenkommission: Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) Forschungsergebnisse zu einer weiteren Opfergruppe der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. ([Bericht](#); [Stellungnahme Bundesrat](#))
- 09.12.2000 Der frühere US-Notenbankchef Paul A. Volcker und der Spezialbeauftragte Judah Gribetz sollen die geplanten Zahlungen an Holocaust-Überlebende und deren Nachkommen überwachen. Dies hat Richter Edward Korman entschieden.
- 14.12.2000 Der Nationalrat gibt einer Parlamentarischen Initiative von Paul Rechsteiner Folge. Darin wird verlangt, dass "sämtliche Strafurteile gegen Fluchthelfer zugunsten der Opfer des Naziregimes und des Faschismus aufgehoben werden. In den Bundesbeschluss seien die Urteile gegen Schweizer einzubeziehen, die in der Résistance und im Spanischen Bürgerkrieg in den internationalen Brigaden gegen Nationalsozialismus und Faschismus gekämpft haben." ([Text und Bericht](#); [Kurzdebatte](#))
- 14.12.2000 Die Leitung des Spezialfonds für Holocaust-Opfer hat die letzten 3,4 Millionen Franken für 4671 Shoah-Überlebende bewilligt. Damit hat der Fonds seine Gelder - total über 296 Millionen - auftragsgemäss praktisch vollständig verteilt.
- 22.12.2000 Das Fürstentum Liechtenstein will seine Rolle während des Zweiten Weltkrieges aufarbeiten und dabei mit dem Jüdischen Weltkongress zusammenarbeiten. Die Regierung will deshalb Anfang 2001 eine Historikerkommission einsetzen. ([Pressemitteilung](#))

Detaillierte Uebersicht ab 2001

- 16.01.2001 Die USA haben Opfer des Holocaust, die von den Nazis ihres Besitzes beraubt wurden, nicht ausreichend für ihren Verlust entschädigt. Zu diesem Schluss kommt die von der US-Regierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung amerikanischer Holocaust-Reparationszahlungen in ihrem Abschlussbericht. ([Homepage der Kommission](#))
- 18.01.2001 Österreich, Vertreter von jüdischen Nazi-Opfern und die USA unterzeichnen ein Abkommen zur Entschädigung von Opfern der «Arisierungspolitik». Demnach sollen die österreichische Regierung und Wirtschaft 360 Millionen Dollar zahlen. ([Dossier in "Der Standard"](#))
- 31.01.2001 Debatte im österreichischen Nationalrat über das "Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus" ([Materialien](#))
- 05.02.2001 Die Schweizerische Bankiervereinigung veröffentlicht eine dritte Liste mit 21 000 nachrichtenlosen Konten, die möglicherweise Holocaust-Opfern gehörten: <http://www.dormantaccounts.ch>
- 14.02.2001 Der Bundesrat beruft Frau Helen B. Junz in die unabhängige Expertenkommission "Schweiz - Zweiter Weltkrieg". Sie ist Nachfolgerin der im vergangenen Herbst verstorbenen Professorin Sybil Milton. ([Pressemitteilung](#))
- 20.03.2001 Der Generalsekretär der Bergier-Kommission, Linus von Castelmur, verlasse die Kommission «im gegenseitigen Einvernehmen» mit sofortiger Wirkung, teilt die Kommission am Dienstagabend mit.
- 20.03.2001 Myrtha Welti, frühere SVP-Generalsekretärin, wird neue Generalsekretärin der Bergier-Kommission. Sie tritt am 4. April die Nachfolge von Linus von Castelmur an.
- 04.04.2001 Der US-Richter Edward Korman veröffentlicht auf Internet eine Liste mit 27 schweizerischen Industrieunternehmen, die am Bankenvergleich teilhaben. Sie geniessen Schutz vor Klagen wegen Zwangsarbeiterbeschäftigung. (<http://www.nyed.uscourts.gov/pub/rulings/cv/1996/96cv4849slo.pdf>)
- 09.04.2001 Die Claims Conference sowie die Internationale Organisation für Migration haben auf Internet 6368 Namen von Flüchtlingen veröffentlicht, die im Zweiten Weltkrieg von der Schweiz abgewiesen worden waren. Diese beiden Organisationen waren von US-Richter Edward Korman beauftragt worden. Siehe: www.iom.int oder www.claimscon.org

- 22.05.2001 Liechtenstein im Zweiten Weltkrieg: die Regierung setzt eine unabhängige Historikerkommission und einen Beratungs- und Koordinierungsausschuss ein. Vorgesehen ist eine Pflicht zur Aktenaufbewahrung und Gewährung von Akteneinsicht für Unternehmen und Banken. ([Pressemitteilung](#))
- 30.05.2001 Der [Deutsche Bundestag](#) stellt die Rechtssicherheit für die am Zwangsarbeiterfonds beteiligten Unternehmen fest.
- 30.05.2001 Der Bundesrat nimmt von der bevorstehenden Auflösung des Dienstes "Schweiz - Zweiter Weltkrieg" des EDA Kenntnis. ([Pressemitteilung](#))
- 20.06.2001 Die Stiftung solidarische Schweiz nimmt Gestalt an. Der Ständerat genehmigt mit 26 zu 3 Stimmen das entsprechende Bundesgesetz. Die SVP-Goldinitiative lehnte er mit 35 zu 3 ab. ([Wortprotokoll](#))
- 03.07.2001 Die Privatunternehmen können von der Bergier-Kommission die von ihren Akten gemachten Kopien zurückverlangen. Dies hat der Bundesrat entschieden. ([Pressemitteilung Bundesrat; Stellungnahme Kommission](#))
- 17.07.2001 Die Auszahlung der Gelder aus dem Vergleich zwischen den Schweizer Grossbanken und jüdischen Klägern in den USA beginnt. Richter Korman gab die ersten 43 Mio Dollar zur Überweisung frei (vgl. Artikel in der Zeitung [Aufbau](#) vom [4.7.2001](#) und [19.7.2001](#)).
- 30.08.2001 Veröffentlichung der ersten acht "Studien und Beiträge zur Forschung" der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg UEK ([Uebersicht](#)).
- 11.10.2001 Das Schiedsgericht für Ansprüche auf nachrichtenlose Vermögen in Zürich hat nach dreieinhalbjähriger Arbeit seinen ursprünglichen Auftrag abgeschlossen. Es hat 10 000 Fälle bearbeitet und 65 Mio. Fr. zugesprochen. (Homepage: <http://www.crt.ch>)
- 29.10.2001 Veröffentlichung des Buchs: Schweizer Katholizismus 1933-1945, Eine Konfessionskultur zwischen Abkapselung und Solidarität / Victor Conzemius (Hrsg.), Verlag Neue Zürcher Zeitung, 696 Seiten ([Pressemitteilung Katholische Internationale Presseagentur](#))
- 29.11.2001 In einer zweiten Pressekonferenz stellt [die Unabhängige Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg](#) der Öffentlichkeit ihre nächsten Studien vor.
- 07.12.2001 Der Bundesrat hat eine Entscheidung in Bezug auf die Archivierung der Unterlagen der Unabhängigen Expertenkommission "Schweiz - Zweiter Weltkrieg (UEK) getroffen. ([Pressemitteilung](#))
- 17.12.2001 Die Schweiz. Bankiervereinigung empfiehlt ihren Mitgliedern die Rücknahme der UEK-Aktenkopien und deren Aufbewahrung während 30 Jahren. ([Pressemitteilung](#))

17.12.2001 Erstmals sehen ehemalige jüdische Flüchtlinge Geld aus dem 1,25 Mrd.-Dollar-Bankenvergleich. 95 Personen aus 14 Ländern erhielten in New York zusammen 77'500 Dollar.

22.03.2002 Letzte Pressekonferenz der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg (UEK): Veröffentlichung des Schlussberichts / Syntheseberichts (im Wortlaut unter www.uek.ch) und weiterer Studien.
Der Bundesrat nimmt dazu Stellung ([Pressemitteilung](#)).
Im Rahmen einer Ausstellung im Berner Käfigturm finden bis Ende Juni zahlreiche Veranstaltungen und Filmvorführungen statt ([Programm](#)).

(keine Aktualisierung mehr)